

Harold-Hurwitz-Survey (Berlin-BUS) 1997

Materialien für die Pressekonferenz am 25. April 1997

Kontakt:

Manfred Güllner

Vorsitzender der Deutschen Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft
Juliusstr. 41, 12051 Berlin
Tel. (030) 628 820

Prof. Dr. Oskar Niedermayer

Fachbereich Politische Wissenschaft
Arbeitsstelle Otto-Stammer-Zentrum
für Empirische Politische Soziologie
Ihnestr. 22, 14195 Berlin
Tel. (030) 838-4959

Dr. Richard Stöss

Fachbereich Politische Wissenschaft
Arbeitsstelle Otto-Stammer-Zentrum
für Empirische Politische Soziologie
Malteserstr. 74-100, 12249 Berlin
Tel. (030)7792-422/209 (Skr.), Fax (030) 7759685
E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de

Der Harold-Hurwitz-Survey ist eine Stiftung der Deutschen Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft an die Freie Universität Berlin, die vom Fachbereich Politische Wissenschaft, Arbeitsstelle Otto-Stammer-Zentrum für Empirische Politische Soziologie, betreut wird.

Erhebungszeitraum: Erste Märzhälfte 1997
Erhebungsgebiet: Berlin, Repräsentativbefragung, 993 Befragte, West: 689, Ost: 304
Institut: Forsa, Telefonbefragung
Auftraggeber: Deutsche Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft

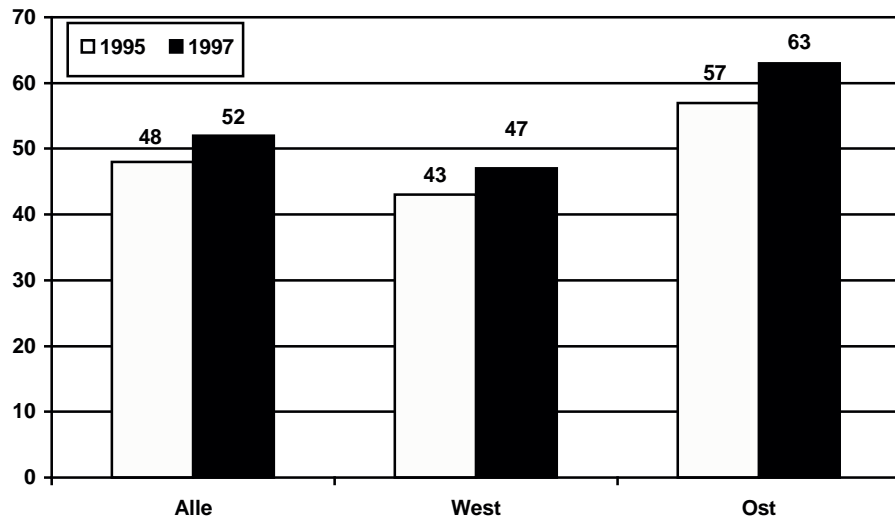
- Wenn nicht anders angegeben, werden Prozentwerte mitgeteilt.
- Die FDP konnte wegen geringer Fallzahlen nicht immer aufgeführt werden.
- Die Vergleichsdaten für 1995 sind dem Berlin-BUS 1995 entnommen: Erhebungszeitraum 12.-21.10.; 2018 Befragte; Forsa, Telefonbefragung.

Inhalt:

Demokratiezufriedenheit.....	3
Wirtschaftliche Zukunftserwartungen	3
Vertrauen in die Parteien.....	4
Parteisympathien.....	5
Parteibindungen	6
Protestwähler.....	7
Bewertung der allgemeinen Problemlösungskompetenz der Parteien	8
Beurteilung der Leistungen des Berliner Senats	9
Beurteilung der Einheit Deutschlands	10
<i>Kommentar</i>	10
Mobilisierungschancen der Parteien	11
<i>Kommentar</i>	12
Arbeitszeitverkürzung.....	14
<i>Kommentar</i>	17

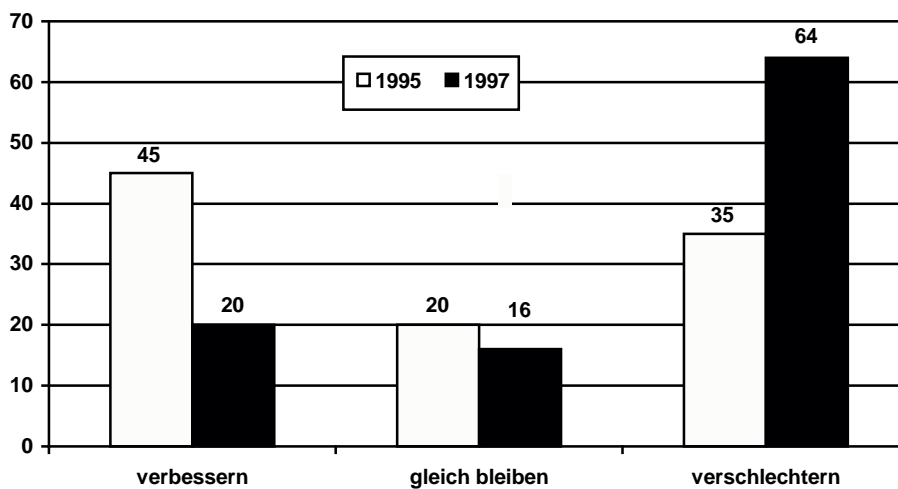
- **Demokratiezufriedenheit**

Grafik 1: Unzufriedenheit der Berliner mit dem Funktionieren der Demokratie



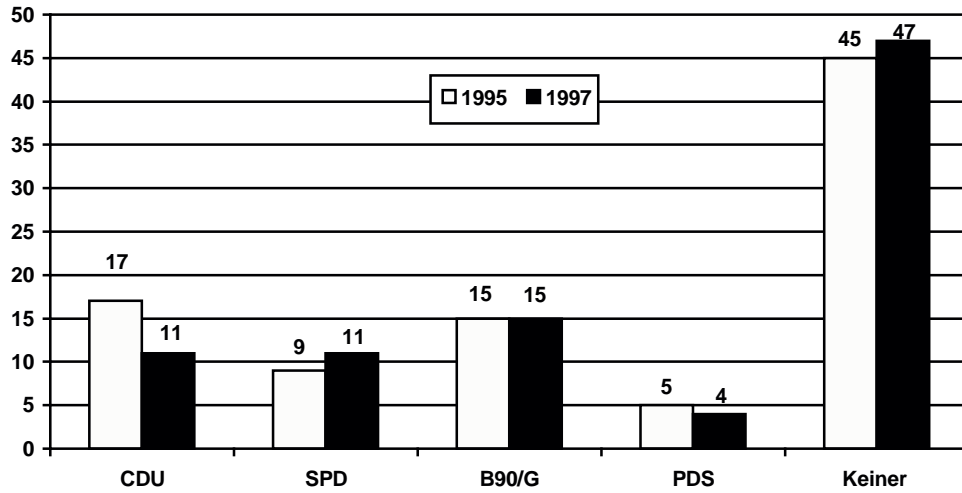
- **Wirtschaftliche Zukunftserwartungen**

Grafik 2: Werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Berlin in den kommenden Jahren...



- **Vertrauen in die Parteien**

Grafik 3: Welcher Partei hier in Berlin trauen Sie am ehesten Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit zu?



West

1995	20	8	17	1	45
1997	12	12	16	1	48

Ost

1995	14	10	12	10	45
1997	9	10	12	12	43

• **Parteisymphathien**

Grafik 4: Parteisymphathien in Berlin 1997

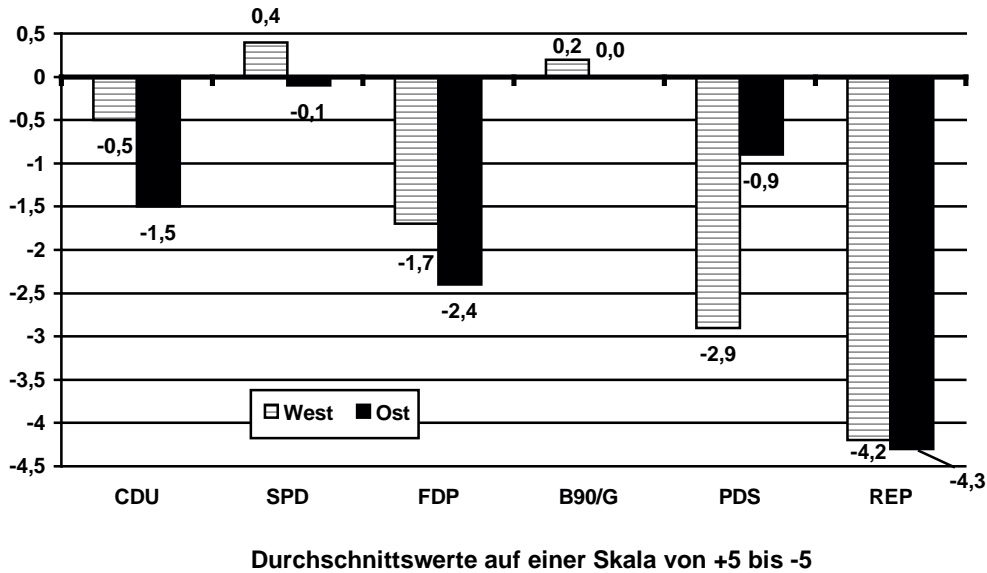


Tabelle 1: Parteisymphathien und -antipathien in Berlin 1997

Es halten von den jeweiligen Parteien.....		Alle	West	Ost
CDU	sehr viel	8	9	6
	sehr wenig	27	24	36
SPD	sehr viel	8	8	7
	sehr wenig	10	9	15
FDP	sehr viel	2	2	2
	sehr wenig	35	31	43
B90/G	sehr viel	8	9	7
	sehr wenig	14	14	14
PDS	sehr viel	4	1	10
	sehr wenig	44	50	28
REP	sehr viel	2	2	2
	sehr wenig	35	31	43

"sehr viel" = +4, +5

"sehr wenig" = -4, -5

Frageformulierung:

"Und nun noch etwas genauer zu den Parteien. Stellen Sie sich einmal ein Thermometer vor, das aber lediglich von +5 bis -5 geht, mit einem Nullpunkt dazwischen. Sagen Sie es bitte mit diesem Thermometer, was Sie von den einzelnen Parteien hier in Berlin halten. +5 bedeutet, daß Sie sehr viel von der Partei halten, -5 bedeutet, daß Sie überhaupt nichts von ihr halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen."

- **Parteibindungen**

Tabelle 2: Die Beziehung der Berliner zu den Parteien allgemein

	Alle	West	Ost
Bindung an eine Partei			
1995	66	70	58
1997	54	58	46
Starke Bindung an eine Partei			
1995	30	32	27
1997	19	20	18

Tabelle 3: Die Beziehung der Parteiwählerschaften zu ihrer eigenen Partei in Berlin 1997

	CDU-Wähler			SPD-Wähler			B90/G-Wähler			PDS-Wähler		
	A	W	O	A	W	O	A	W	O	A	W	O
Wähler, die sehr viel von der Partei halten	31	30	33	23	22	26	29	33	19	44		47
Bindung an die eigene Partei	69	69	68	69	70	66	54	58	44	81		85
Bindung an eine andere Partei	3	4	2	4	4	6	13	14	11	3		-
keine Parteibindung	28	27	30	27	26	28	33	28	45	17		15
parteigebundene Wähler, die die Partei als ihre einzig mögliche politische Heimat ansehen	39			36			17			50		

A = Alle Befragten

W = Westteil Berlins

O = Ostteil Berlins

- **Protestwähler**

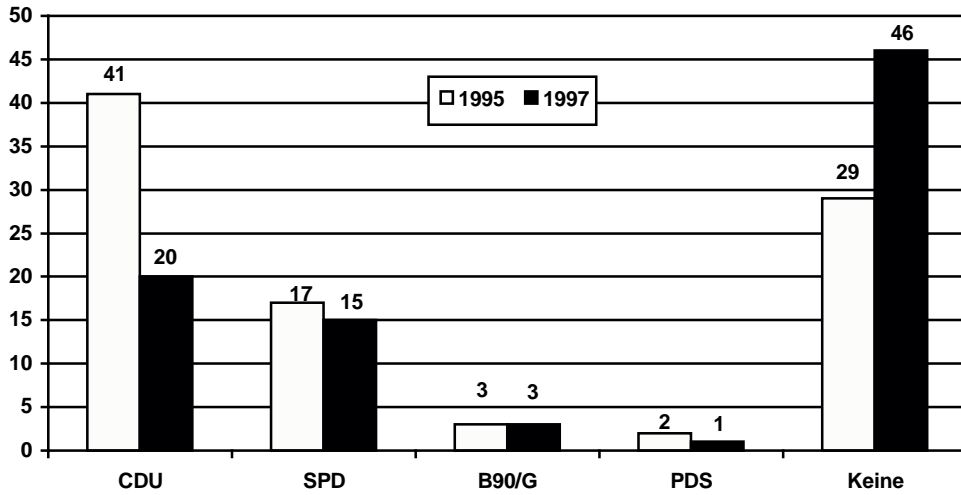
**Tabelle 4: Protestwähler unter den Parteianhängern
in Berlin 1997**

	Protestwähler	
	Ja	Nein
CDU	6	94
SPD	12	88
B90/G	19	81
PDS	11	89
REP	39	61

Protestwähler sind Wähler, die mit Ihrer Wahlentscheidung einer oder allen andren Parteien wegen ihrer gegenwärtigen Politik einen Denkmittel verpassen wollen und die sich nicht mit der gewählten Partei identifizieren.

- **Bewertung der allgemeinen Problemlösungskompetenz der Parteien**

Grafik 5: Welche Partei wird Ihrer Meinung nach mit den Problemen in Berlin am besten fertig?



West

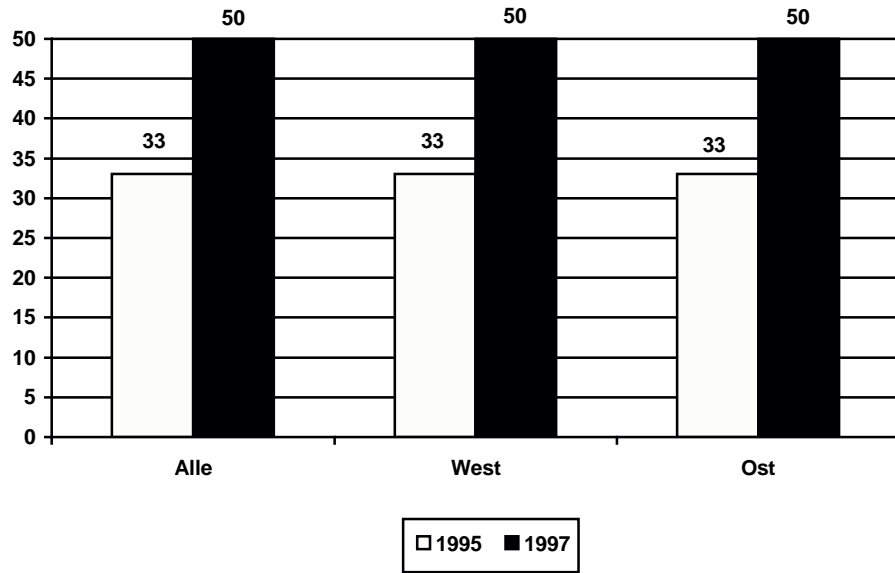
1995	44	18	3	1	27
1997	21	17	4	0	45

Ost

1995	36	15	2	4	31
1997	17	11	2	2	50

- **Beurteilung der Leistungen des Berliner Senats**

Grafik 6: Unzufriedenheit der Berliner mit den Leistungen des CDU-SPD-Senats



- **Beurteilung der Einheit Deutschlands**

Tabelle 5: Einheitsmentalität der Bevölkerung in Ost-Berlin

	Alle Befragten		CDU-Wähler		SPD-Wähler		B90/G-Wähler		PDS-Wähler	
	1995	1997	1995	1997	1995	1997	1995	1997	1995	1997
Einheitsverweigerer	6	7	-	-	2	9	4	3	14	24
Einheits skeptiker	42	48	18	18	41	40	39	33	68	65
Unentschiedene	14	12	12	27	17	6	15	6	10	-
Einheitsbefürworter	32	27	49	45	36	38	39	44	7	12
Einheitsenthusiasten	7	6	21	10	3	6	3	14	1	-

- Ein Vergleich der Umfrageergebnisse von Oktober 1995 und März 1997 zeigt, daß die Stimmung in Berlin schlechter geworden ist, im Ostteil der Stadt noch mehr als in West-Berlin. Damals war die Bevölkerung infolge des Wahlkampfes zur Abgeordnetenhauswahl hoch mobilisiert, blickte recht optimistisch in die Zukunft und bewertete das politische System vergleichsweise positiv.
- Heute sind die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen durch Pessimismus geprägt, rund die Hälfte der Berliner ist mit den Leistungen des Senats unzufrieden und traut keiner Partei die Lösung der dringenden Probleme in der Stadt zu. Selbst die Zufriedenheit mit der Demokratie hat etwas abgenommen.
- Die Bindungen der Berliner an politische Parteien sind allgemein geringer geworden. Besonders in Ost-Berlin fällt die Parteidentifikation vergleichsweise schwach aus. Immerhin fühlen sich rund 70 Prozent der Wähler von CDU und SPD mit ihrer Partei längerfristig verbunden. Bei der PDS sind es sogar 80 Prozent. Allerdings können oder wollen sich gegenwärtig 40 Prozent der Befragten (noch) nicht für eine spezifische Partei entscheiden (siehe dazu auch weiter unten).
- An der Beurteilung der deutschen Einheit scheiden sich immer noch die parteipolitischen Geister. Skepsis und Ablehnung haben seit 1995 noch etwas zugenommen. Während die PDS-Wähler diesbezüglich außerordentlich negativ eingestellt sind, begrüßen die CDU-Anhänger die Einheit mehrheitlich. Bei der SPD halten sich Befürworter und Skeptiker die Waage. Bemerkenswert ist die Entwicklung bei den Bündnisgrünen: Seit 1995 ist die Zustimmung von 42 auf 58 Prozent angestiegen. Sie liegt damit höher als bei der CDU (55 Prozent).

• **Mobilisierungschancen der Parteien**

Tabelle 6: Wähler, Unentschiedene und Nichtwähler in Berlin im März 1997

Befragte, ...	Alle	West	Ost	
...die sich an der bevorstehenden AH-Wahl beteiligen wollen...	... und eine konkrete Partei benennen, die sie wählen wollen.	61	65	55
	... ,aber noch unsicher sind, welcher Partei sie ihre Stimme geben werden.	18	15	24
...die sich <u>nicht</u> an der bevorstehenden AH-Wahl beteiligen wollen...	... ,aber nicht ausschließen, daß sie vielleicht doch wählen gehen werden.	5	5	3
	... und fest entschlossen sind, tatsächlich Wahlenthaltung zu praktizieren.	16	15	18
Entschiedene Wähler	61	65	55	
Unentschiedene, Nichtwähler	39	35	45	

Tabelle 7: Die Herkunft der (entschiedenen) Wähler ("Sonntagsfrage" AHW 1997) mit Blick auf ihr Verhalten bei der AHW 1995

	Wiederwähler	Parteiwechsler	Nichtwähler
CDU	83	9	8
SPD	73	16	11
B90/G	61	27	12
PDS	92	3	5
Insgesamt	76	15	9

Wiederwähler: Wollen 1997 die Partei wählen, die sie auch 1995 gewählt haben.
 Parteiwechsler: Wollen 1997 eine andere Partei wählen als 1995.
 Nichtwähler: Haben sich 1995 nicht an der Wahl beteiligt, wollen 1997 aber wählen.
 Insgesamt: Alle entschiedenen Wähler einschl. sonstiger Parteien (= 61% aller Befragten).

AH Abgeordnetenhaus
 AHW Abgeordnetenhauswahl

» » » » » »

Tabelle 8: Entschiedene Wähler, Unentschiedene und Nichtwähler nach ausgewählten Merkmalen in Berlin 1997

	Wähler	Unentschiedene	Nichtwähler
Stark politisch interessiert und informiert	52	43	23
Unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie	42	66	68
"In unserer Gesellschaftsordnung geht es eher ungerecht zu"	48	56	65
Wirtschaftlicher Zukunftspessimismus	59	63	80
Sympathien mit ^{a)}			
CDU	33	23	15
SPD	40	19	27
FDP	13	4	10
B90/G	38	21	29
PDS	11	10	10
REP	4	2	3

a) Die Spaltenwerte addieren sich nicht auf 100%, weil die Sympathien für jede Partei gesondert erhoben wurden.

- Zum Befragungszeitpunkt konnten oder wollten bei der "Sonntagsfrage" nur 60 Prozent eine konkrete Wahlabsicht nennen ("entschiedene Wähler"). 40 Prozent der Befragten waren noch unentschieden, welche Partei sie wählen werden, oder wollten sich überhaupt nicht an der Wahl beteiligen.
- Betrachtet man nur die entschiedenen Wähler, dann herrscht im Wahlverhalten der Berliner große Kontinuität und Stabilität vor: Die Viertel wollten die Partei wiedewählen, die sie bereits bei der Abgeordnetenhauswahl 1995 gewählt hatten. Nur 15 Prozent wechseln von einer Partei zu einer anderen.
- Auf der anderen Seite besteht in der wahlberechtigten Bevölkerung Berlins aber auch große Unsicherheit und eine starke Neigung zur Wahlverweigerung.
- Parteien können ihre Wählerschaft hauptsächlich auf zwei Wegen vergrößern: Entweder sie werben anderen Parteien Wähler ab, oder sie mobilisieren Unentschiedene und Nichtwähler. Da die Bereitschaft zum Parteiwechsel sehr gering ist (15 Prozent der entschiedenen Wähler, 9 Prozent der Wahlberechtigten), müssen sich die Parteien auf Unentschiedene und Nichtwähler konzentrieren, die - wie erwähnt - zusammen 40 Prozent der wahlfähigen Bevölkerung ausmachen. Welche Chancen haben die Parteien, dieses Wählerpotential zu erreichen?

- Die **Nichtwähler** unterscheiden sich von den entschiedenen Wählern dadurch, daß sie beispielsweise kaum politisch interessiert und informiert sind, daß sie den Zustand der Demokratie sehr kritisch bewerten, daß sie besonders häufig glauben, die Gesellschaftsordnung sei ungerecht und daß sie außerordentlich pessimistisch in die Zukunft blicken. Nichtwähler sind also rundum unzufrieden und schwer für das politische Geschehen zu begeistern. Die **Unentschiedenen** nehmen dagegen eine Mittelposition zwischen Wählern und Nichtwählern ein. Sie dürften für die Parteien eher ansprechbar sein, als die Nichtwähler, die allerdings durchaus über gewisse Parteisympathien verfügen.
- Die **Unentschiedenen** sympathisieren vor allem mit der CDU (23 Prozent), den Bündnisgrünen (21 Prozent) und der SPD (19 Prozent). Bei den **Nichtwählern** genießen die Bündnisgrünen die meisten Sympathien (29 Prozent), gefolgt von der SPD (27 Prozent) und der CDU (15 Prozent). Beide Gruppen sind nicht besonders anfällig für Parteien am rechten bzw. linken Rand. Die Republikaner und die PDS profitieren gegenwärtig offenbar kaum von der Unzufriedenheit in der Bevölkerung.
- Die Bündnisgrünen verfügen rein rechnerisch über die besten Mobilisierungschancen bei den Unentschiedenen und Nichtwählern. Das dürfte daran liegen, daß sich deren Unzufriedenheit weithin auf die Parteien der Senatskoalition bezieht und die Bündnisgrünen als einzige akzeptable Oppositionspartei angesehen werden. Daß sie in nennenswertem Umfang Proteststimmen von den Unentschiedenen und Nichtwählern erhalten, ist gleichwohl unwahrscheinlich, weil sie in der Bevölkerung kaum als Sachwalter der eher unpolitischen "Modernisierungsverlierer" gelten.
- Daher wird sich der Wettbewerb um Unentschiedene und Nichtwähler hauptsächlich zwischen CDU und SPD abspielen. Dabei sind die Erfolgsaussichten der CDU bei den Unentschiedenen etwas besser, die der SPD bei den Nichtwählern sogar deutlich besser. Allerdings lassen sich die Nichtwähler schwerer mobilisieren als die Unentschiedenen. Zugunsten der SPD spricht, daß ihr die entschiedenen Wähler mehr Sympathien entgegenbringen (40 Prozent) als der CDU (33 Prozent). Insgesamt dürfte die SPD zwar über das größere Mobilisierungspotential verfügen, aber auch größere Mobilisierungshürden zu überwinden haben als die CDU. Angesichts der ungleichen Ausgangslage beider Parteien (bei der "Sonntagsfrage" beträgt die Distanz zwischen CDU und SPD - je nach Meinungsforschungsinstitut - zwischen 5 und 10 Prozentpunkten) ist die SPD auch noch einem stärkeren Erfolgswang ausgesetzt als die Union.

- **Die Meinung der Berliner Bevölkerung (nur Erwerbspersonen) zur Arbeitszeitverkürzung**

Tabelle 9: Arbeitszeitverkürzung I in Berlin im März 1997

Frage: "Wären Sie bereit, Ihre Arbeitszeit um 10 Prozent zu verkürzen und auf 10 Prozent Ihres Einkommens zu verzichten, wenn dadurch wirklich neue Arbeitsplätze geschaffen werden?"

	Ja	Nein	WN/KA
Berlin	65	29	6
West	66	28	7
Ost	63	32	5
Männer	67	28	5
Frauen	63	30	7
Altersgruppen 18-24	74	23	3
25-34	64	26	11
35-44	66	29	5
45-54	64	34	2
55-64	63	30	8
Arbeitslose	72	19	9
In Ausbildung	79	21	-
Arbeiter	56	40	4
Angestellte	66	28	6
Beamte	74	26	-
Selbständige	56	31	14
Gewerkschaftsmitglied:			
Ja	68	28	4
Nein	64	29	7
Wahlabsicht: CDU	68	31	2
SPD	70	26	5
B90/G	69	23	8
PDS	64	28	8

Tabelle 10: Arbeitszeitverkürzung II in Berlin im März 1997

Frage: "Wären Sie dazu bereit, wenn keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, aber bestehende Arbeitsplätze erhalten werden?"

	Ja	Nein	WN/KA
Berlin	44	46	10
West	44	46	10
Ost	45	45	10
Männer	42	47	11
Frauen	47	44	9
Altersgruppen 18-24	43	51	6
25-34	45	43	12
35-44	44	46	10
45-54	49	44	7
55-64	39	50	12
Arbeitslose	55	33	12
In Ausbildung	50	36	14
Arbeiter	43	48	9
Angestellte	43	48	8
Beamte	48	44	9
Selbständige	36	49	15
Gewerkschaftsmitglied:			
Ja	40	51	10
Nein	45	45	10
Wahlabsicht: CDU	51	41	8
SPD	42	48	10
B90/G	44	45	11
PDS	40	52	8

- **Die Meinung der Bundesbürger (nur Erwerbspersonen) zur Arbeitszeitverkürzung**

Tabelle 11: Arbeitszeitverkürzung I in der Bundesrepublik im April 1997

Frage: "Wären Sie bereit, Ihre Arbeitszeit um 10 Prozent zu verkürzen und auf 10 Prozent Ihres Einkommens zu verzichten, wenn dadurch wirklich neue Arbeitsplätze geschaffen werden?"

	Ja	Nein	WN/KA
Bundesrepublik insges.	65	29	6
Westdeutschland	65	29	6
Ostdeutschland	65	29	6
Männer	63	31	6
Frauen	67	27	6
Altersgruppen 18-29	63	31	6
30-44	66	30	4
45-59	65	27	8
60-	62	29	10
Arbeitslose	69	18	14
In Ausbildung	72	23	5
Arbeiter	57	40	4
Angestellte	69	28	3
Beamte	68	27	4
Selbständige	56	31	13
Wahlabsicht: CDU/CSU	66	27	7
SPD	66	30	4
FDP	79	21	-
B90/G	77	20	3
PDS	73	24	3
REP	47	47	6

Quelle: Forsa: Telefonbefragung April 1997, N=1416

- Es besteht mithin ein breiter gesellschaftlicher Konsens in der Arbeitsgesellschaft, durch einen persönlichen Beitrag an der Lösung des Beschäftigungsproblems mitzuwirken. Dieser Konsens ist zugleich als Ansporn und Rückendeckung für Politiker und Tarifpartner zu interpretieren, rasch und entschlossen zu handeln.
- Immer noch knapp die Hälfte der Berliner Erwerbspersonen spricht sich für eine zehnpromtente Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich aus, wenn dadurch bestehende Arbeitsplätze erhalten werden.
- Berlin stellt keineswegs einen Sonderfall dar. Eine entsprechende Forsa-Umfrage im Bundesgebiet gelangt zu nahezu identischen Ergebnissen.